3. Zielfahrplan unwirtschaftlich
Klärung, ob […] die fahrplanbasierte Infrastrukturentwicklung weiterhin angewendet werden soll

von Pro-Ausbau – Bahnfreunde aus dem Landkreis Schaumburg 15.11.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Abgeordnete des Verkehrsausschusses,

das Bundesverkehrsministerium hat in seiner Pressemitteilung vom 22.10.2026 [1] zugegeben, dass die bisherige Entwicklung des Zielfahrplans mit den daraus resultierenden Ergebnissen nicht wirtschaftlich ist.

„Erste Zwischenergebnisse lassen erkennen, dass die volkswirtschaftliche Bewertung der bedarfsplanrelevanten Infrastrukturmaßnahmen vorerst zu keinem ausreichenden Ergebnis kommt." Das heißt: Das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Bahnprojekte für den Deutschlandtakt fällt derzeit negativ aus.

Bitte beachten Sie den Verweis auf ein laufendes Forschungsvorhaben, von dessen Ergebnissen sich das BMV Handlungsempfehlungen verspricht. Der Ausschreibungstext zur „Evaluierung des Verfahrens der fahrplanbasierten Infrastrukturentwicklung auf Grundlage des Zielfahrplans Deutschlandtakt" [2+3] gibt Hinweise auf die Problemzonen des Deutschlandtakts.

Es soll hier nicht einfach nur die Wirtschaftlichkeit durch Anpassungen hergestellt werden. Der ganze Prozess steht auf dem Prüfstand. Der letzte Satz der Auftragsbeschreibung (2.1) verdeutlicht, dass das BMV Klarheit erwartet … und der Bundestag darüber haben muss,

OB überhaupt und wenn ja, WIE die fahrplanbasierte Infrastrukturentwicklung weiterhin angewendet werden soll!

Wir bitten Sie, diesen Sachverhalt in Ihre weiteren Beschlussempfehlungen zu parlamentarischen Befassungen mit Bahnprojekten des Deutschlandtakts einfließen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Claudia Grimm
Pro-Ausbau – Bahnfreunde aus dem Landkreis Schaumburg
www.pro-ausbau.de

Quellen / Fußnoten
1 https://www.bmv.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2026/098-zielfahrplan-deutschlandtakt.html
2 Ausschreibungen der EU https://ted.europa.eu/de/notice/-/detail/678761-2026
3 Auschreibungstext des Forschungsvorhabens
https://ted.europa.eu/de/notice/678761-2026/pdfs